



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An den  
Vorsitzenden des Haupt-  
und Finanzausschusses  
über StA 01

im Hause

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.01; TOP 2.2.1 Beratung  
Haushaltsplanentwurf 2002; Bitte um Stellungnahme der Verwaltung und Anträge

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Vorschläge der Verwaltung zur  
Haushaltskonsolidierung insofern als unzureichend an, als vor dem Hintergrund der  
eindeutigen Positionierung der Bezirksregierung zur Ausweitung des  
Konsolidierungszeitraumes klar ist, daß der Haushalt nicht genehmigt wird.

Weder sind Vermögensveräußerungen zur Schuldentilgung vorgesehen, noch findet eine  
kritische Bestandsaufnahme von zukünftig zu bewältigenden Aufgaben unter dem  
Gesichtspunkt der Optimierung von Organisationsformen statt, die Handlungsspielräume für  
eine aufgabengerechte Finanzierung erschließen könnte.

Vor diesem Hintergrund erbitten wir die Abstimmung folgender Anträge, die unseres  
Erachtens geeignet sind, soziale und ökologische Korrekturen am  
Haushaltssicherungskonzept vorzunehmen:

**I. Schaffung einer aufgabengerechten Finanzierungsbasis:**

1. Der Ausschuss/Rat fordert den Bund auf, ein mehrjähriges Sonderprogramm zur  
Stärkung der Finanzkraft der Ruhrgebietskommunen aufzulegen. Die zu erwartenden  
Einnahmerückgänge, die durch eine negative Bevölkerungsentwicklung noch verstärkt  
werden und strukturelle Finanzdefizite, die unter anderem durch andauernd hohe  
Sozialhilfelasten begründet sind, machen ein sofortiges Handeln erforderlich.
2. Das Sonderförderprogramm soll – wie auch die Gemeindefinanzreform – darauf  
ausgerichtet sein, eine aufgabengerechte und anpassungsfähige Finanzierungsbasis  
sowie Anreize zu einer kostengünstigen Aufgabenerfüllung zu schaffen.



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

3. Der Rat fordert die Verwaltung auf, den Verkauf von RWE-Aktien vorzubereiten. Die erzielten Erlöse werden vollständig zur Schuldentilgung eingesetzt.
4. Die noch nicht in den Besitz Flughafen GmbH bzw. Stadtwerke übergegangenen Grundstücke im Umfeld des Flughafens werden an die Stadtwerke übertragen.

## **II. Sicherung der Aufgabenwahrnehmung durch Verwaltungsreform**

1. Die Rat fordert die Verwaltung auf, die Verwaltungsreform beschleunigt voranzutreiben. Ziel ist eine möglichst zeitnahe fachbereichsübergreifende Festlegung von zukünftig wahrzunehmenden Aufgaben. Der Verwaltungsvorstand wird aufgefordert, dem Rat entsprechende Leitvorschläge und ein personal- und finanzressourcenschonendes Umsetzungskonzept vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Produktpläne aller Fachbereiche im Hinblick auf mögliche Schnittstellen und Synergieeffekte zu überprüfen und Aufgabenbereiche neu zu ordnen. Dieser Prozess wird von den politischen Gremien und von der Personalvertretung aktiv begleitet.
3. In einem ersten Schritt erfolgt die Umsetzung folgender struktureller Veränderungen:
  - 3.1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Schnittstellen zwischen Gesundheitsamt und Sozialamt zu erheben und durch eine gemeinsame Organisationsform eine optimierte Aufgabenwahrnehmung zu ermöglichen. Ziel ist es, in der Leitungsebene Funktionen einzusparen, um das Spektrum der gesundheitspolitischen Leistungen auch unter dem Zwang der Erschließung von Einsparpotentialen zu erhalten.
  - 3.2. Als herausgehobenes Aufgabenfeld soll die Wohnungspolitik in Verbindung mit dem Dortmund-project und dem Masterplan Wohnen innerhalb der Verwaltung weiterentwickelt werden. Eine Stabstelle Wohnen soll hier die Lenkungsfunktion übernehmen. Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend Vorschläge zur inhaltlichen und organisatorischen Konzeption sowie zur Umsetzung zu machen.
  - 3.3. Der Rat befürwortet die Verlagerung des Stadtbahnbauamtes zu den Stadtwerken. Die Stadtwerke übernehmen sowohl die Zuschüsse, die zur Zeit ins Stadtbahnbauamt fließen, als auch den kommunalen Komplementäranteil zur Landesförderung für die Errichtung von Stadtbahnanlagen.
  - 3.4. Der Rat spricht sich im Grundsatz für die Errichtung einer Servicestelle für mittelständische Unternehmen und die Zusammenziehung entsprechender Fachkompetenz aus.



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

- 3.5 Die Regionalisierung von Vermessungs- und Katasterämtern wird weiter vorangetrieben. Die Verwaltung berichtet im Frühjahr 2002 von dem Stand der Bemühungen.
- 3.6 Die Zahl der Bezirksverwaltungsstellen bleibt zunächst unverändert. Die Verwaltung wird jedoch beauftragt zu prüfen, inwieweit im Falle des Ausscheidens eines/r Bezirksverwaltungsstellenleiter/in oder des/der stellvertretenden Bezirksverwaltungsstellenleiters/in, durch Kooperation mit der räumlich am ehesten zuzuordnende die Funktion dauerhaft entfallen kann.
- 3.7 Eine Erweiterung der Optionen zur Besoldung von BezirksverwaltungsstellenleiterInnen unterbleibt bis auf weiteres. Die Verwaltung wird aufgefordert, das gegenwärtige und zukünftige Aufgabenspektrum unter dem Gesichtspunkt einer effektiven Aufgabenwahrnehmung und dem Gebot der BürgerInnenfreundlichkeit einer Prüfung zu unterziehen.
- 3.8 Der Rat hält Überlegungen zur Zusammenlegung von Dietrich-Keuning-Haus und Fritz-Henßler-Haus unter jugendpolitischen Gesichtspunkten für kontraproduktiv. Die Verwaltung wird aufgefordert, die für den Erhalt des Standortes Fritz-Henßler-Hauses notwendigen Massnahmen zur benennen und die haushaltspolitischen Konsequenzen darzulegen.
- 3.9 Die Mittel für den Radwegebau in Verantwortung des Regiebetriebes Stadtgrün werden nicht gestrichen.

**III. Vorschläge der Verwaltung zur Haushaltssicherung**

1. Die Arbeit der „Beratungsstelle für Behinderte und chronisch Kranke“ wird nicht aufgegeben. Die Beratungsstelle übernimmt künftig zusätzlich die Aufgaben einer Servicestelle für den Bereich des Sozialamtes, Gesundheitsamtes und Jugendamtes entsprechend der Definition des SGB IX.
2. Die Verwaltung wird gebeten, entsprechend den im Rahmenvertrag zur "Förderung der Wohlfahrtsverbände" zukünftig festgelegten Richtlinien mit dem Verein "Frauen helfen Frauen e.V." einen Vertrag mit fünfjähriger Laufzeit über die im Haushalt zu veranschlagenden Mittel zum Betrieb des Frauenhauses und der Frauen-Beratungsstelle abzuschließen. Bei der Festsetzung der Zuwendungshöhe sind Kostensteigerungen zu berücksichtigen.
3. Die im Haushaltsjahr 2002 für das "kommunale Programm" veranschlagten Mittel werden *im* Haushaltsjahr 2002 um den Betrag erhöht, der bisher jährlich aus Mitteln



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

der eingesparten laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt zur Mitfinanzierung des Landesprogrammes „Arbeit statt Sozialhilfe“ aufgewandt wurde.

4. Die finanzielle Förderung des Ringes politischer Jugend in Dortmund in Höhe von 50.000,-- DM wird fortgeführt.
5. Die Anzahl der städtischen Spielplätze wird im Grundsatz nicht reduziert.
6. Der Rat beschließt, die Höhe der Mittel für den Kommunalen Arbeitsmarktfonds bei insgesamt 2.700.000 DM zu belassen. In entsprechendem Umfang ist der Betriebskostenzuschuss aus dem Verwaltungshaushalt der Stadt Dortmund auf 13.510.000 DM festzusetzen.
7. Der Rat beschließt, analog dem durch Schulaufsicht und Schulen für Erziehungshilfe entwickelten Konzept, die Einrichtung von verlässlicher Schulsozialarbeit an den Dortmunder Schulen für Erziehungshilfe.

Mit freundlichen Grüßen  
Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
gez. Daniela Schneckenburger

F. d. R.

Petra Kesper